

Immer lebensgefährlicher werden die Wege von Flüchtlingen, die nach EU-Europa kommen wollen, seit ihnen praktisch jeglicher legale Zugang verwehrt wird und zeitgleich an den Außengrenzen der Festung erheblich aufgerüstet wurde. Jürgen Schäfer vom zentralen UNITED-Büro in Amsterdam verweist gegenüber ND auf die Brisanz der ersten Ergebnisse der Kampagne: „Die recherchierten 137 Todesfälle sind weit mehr als die, die durch rassistische Übergriffe ums Leben gekommen sind.“

Besonders viele Todesfälle werden aus Deutschland, Italien, Österreich, Großbritannien, Spanien und außerhalb der EU aus der Schweiz gemeldet. Die Opfer kommen von allen Kontinenten: Algerier, Ghanaer, Sri Lanker, Kroaten oder eine Frau aus der Dominikanischen Republik.

Weitere Fälle werden untersucht

Allein an Deutschlands Außengrenzen kamen seit Anfang 1993 mindestens 19 Menschen ums Leben. Hinzu kommen 16 Selbstmorde in Abschiebehäft. Sechs Menschen fielen Mordanschlägen zum Opfer, fünf Menschen verbrannten bei Unfällen in den Flüchtlingsheimen, in denen die Sicherheit zu wünschen übrig läßt. Außerdem wurden einem Nigerianer bei der Zwangsabschiebung Medikamente verabreicht, an denen er verstarb. Ein blinder Passagier wurde von der Crew eines deutschen Frachtschiffes auf hoher See über Bord geworfen.

Die Zahl von 137 Todesopfern ist aber wesentlich zu niedrig angesetzt. Die an der UNITED-Kampagne beteiligten Organisationen untersuchen noch ein- bis zweitausend weitere Fälle. „Die Dunkelziffer ist immens hoch“, meint auch Dominique John von der *Antirassistischen Initiative* (ARI), die sich in Berlin an der Kampagne beteiligt. John weist darauf hin, daß alleine an Italiens Küsten Nacht für Nacht 500 bis 1000 Menschen auf oft seeuntüchtigen Booten ankämen. Wieviele Boote kentern, könne nur gemutmaßt werden. Zudem müsse bedacht werden, daß nach Polen oder Tschechien Zurückgeschickte es oft drei-, viermal versuchen, bis sie endlich über die Grenze gelangen.

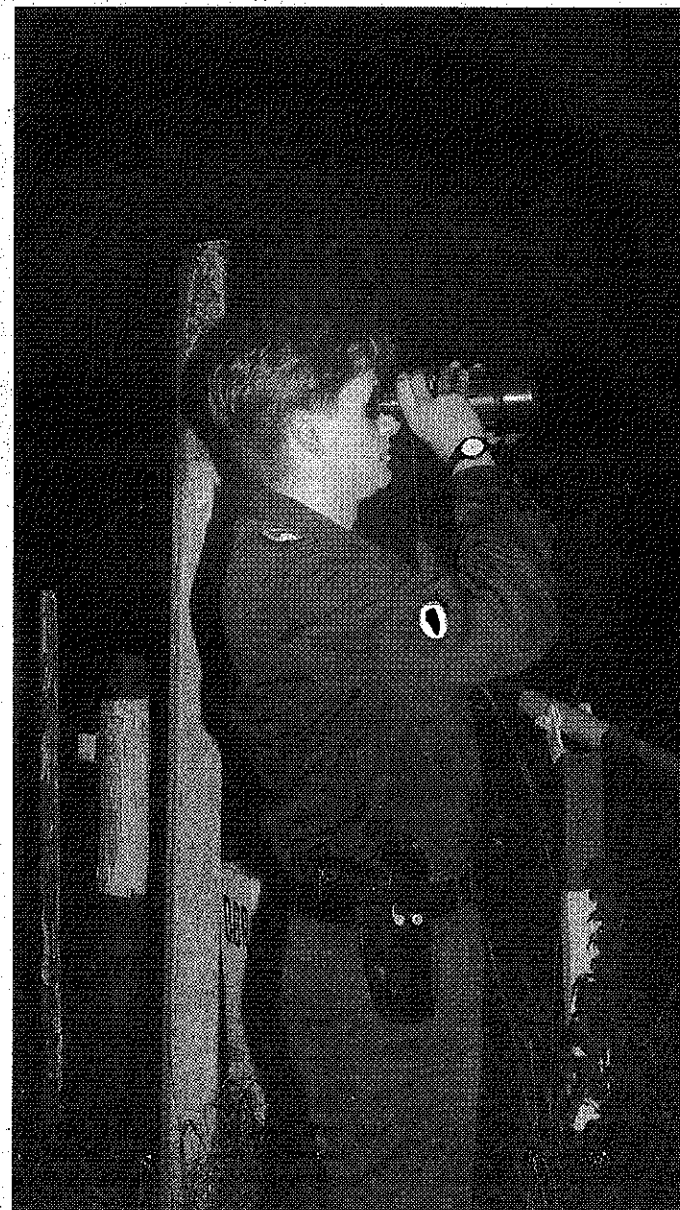
Auf Anfrage gab das Grenzschutzpräsidium-Ost in Berlin bereitwillig darüber Auskunft, daß seit der letzten Presseveröffentlichung im Oktober vom Bundesgrenzschutz (BGS) fünf in Oder und Neiße ertrunkene Männer aufgefunden worden

137 Tote – und keinen interessiert es so recht

Europäische Asylpolitik fordert immer mehr Opfer
Antirassistische Netzwerk UNITED startet heute Kampagne

Von KURT STENGER

Mindestens 137 Todesopfer innerhalb von zweieinhalb Jahren – so lautet die schockierende Bilanz der immer restriktiveren Asylpolitik innerhalb der Europäischen Union. Das antirassistische Netzwerk „UNITED – Für interkulturelle Aktion“, das diese Zahl in mehrmonatiger Recherche ermittelte, hat für den 16. Juni, den Internationalen Flüchtlingstag, dazu aufgerufen, die Innenministerien der hauptverantwortlichen Staaten zu bombardieren – mit Faxen, versteht sich.



Beamte des Bundesgrenzschutzes haben im Zuge des neuen Asylrechtes immer mehr Rechte erhalten
Foto: Böhm

sein. Bei allen fünf sei die Identität nicht festgestellt worden. Ob sie beim versuchten Grenzübergang ums Leben gekommen seien, sei, so Pressesprecher Torsten Weidemann, Spekulation. Eine Lesart, wie sie übrigens auch die Bundesregierung bei ihrer Antwort auf die Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion (siehe nebenste-

henden Kasten) an den Tag legte.

Laut ARI-Mitarbeiter John könne nicht davon gesprochen werden, daß die Behörden die Todesfälle vertuschen würden. Der Skandal liege woanders: „Es ist eher so, daß es niemanden so recht interessiert.“ Dies zeige sich auch daran, daß Meldungen über Todesopfer

weit hinten auf Lokalseiten landen: Und es gibt auch keine Organisation, die solche Vorkommnisse sammelt und dokumentiert. Aus diesem Grunde will seine Organisation Anfang Juli möglichst in Zusammenarbeit mit Ausländerbeauftragten, kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften etc. in Deutschland, Polen und später auch in Tschechien eine längerfristige Grenzbeobachtung organisieren.

Diese ist derzeit dem einst als „paramilitärische Polizeitruppe“ gebildeten BGS überlassen, dessen Personal an der Ostgrenze seit 1993 von 1650 auf 4660 Beamte aufgestockt worden ist. Er kontrolliert mittels Infrarotgeräten, Hunden und dem Einsatz ziviler Fahnder die grüne Grenze.

Dominique John verweist im Gespräch mit ND darauf, daß der BGS im Zuge der neuen Asylpolitik immer mehr Rechte bekommen habe, nach innen einzugreifen. Inzwischen hat er offiziell die Kontrolle an Flughäfen und auch grenznahen Bahnhöfen übernommen.

Italien kennt da keine Skrupel

Bundesinnenminister Manfred Kanther begründete dies in einer Mitteilung anlässlich der Bereitstellung von vier neuen Kontrollbooten für den Streifen des BGS auf der Oder wie folgt: „Verbrechensbekämpfung im Inland und Grenzsicherheit sind untrennbar miteinander verbunden.“ Man könnte mutmaßen, ob diese regierungsamtliche Gleichsetzung von Kriminalität und Einwanderung nicht mitverantwortlich ist für die von der Menschenrechtsorganisation *amnesty international* angemahte Zunahme von Polizeiübergriffen auf Ausländer in Deutschland.

Es ist auch nicht erstaunlich, daß es zeitweilig Überlegungen aus dem Bundesinnenministerium gab, sogar die Bundeswehr an der Grenze aufziehen

zu lassen. Dies wurde 1993 nur deshalb verworfen, weil es stark an die ansonsten heftig kritisierte Grenzpolitik der ehemaligen DDR erinnert hätte. Italien kennt hingegen keine solche Debatte und hat deshalb auch keine Skrupel, seit einigen Wochen die Adriaküste gegen albanische *Boat People* durch Militär abriegeln zu lassen.

Europol soll gegen Schleuser vorgehen

Begründet wird solche Aufrüstung an den EU-Außengrenzen mit dem Wirken sogenannter Schleuserorganisationen. Zu ihrer Bekämpfung soll in der künftigen EU-Polizei Europol eine eigene Abteilung eingerichtet werden. Von offizieller Seite werden jedoch Ursache und Wirkung verwechselt. Originalton Innenminister Kanther: „Ziel ist es, den hochmobilen Schleuserbanden durch flexible Einsatzkonzepte des Bundesgrenzschutzes den Boden zu entziehen.“ Die Nachfrage nach den „kommerziellen Fluchthilfeunternehmen“, wie sie ARI-Mitarbeiter John nennt, entstehe aber gerade durch die Aufrüstung an der Grenze. Gerade Flüchtlingen, die von weither gekommen sind, fehle ja die Kenntnis, wie man auf andere Weise über die Grenze gelange.

Das Netzwerk UNITED verweist in seiner Kampagne jedoch auch darauf, daß die Asylpolitik der EU-Staaten nicht nur an den Außengrenzen tödlich wirkt. So häufen sich die Selbstmorde in Abschiebehäft. Mindestens 26 Menschen brachte seit 1993 die Aussicht auf Zwangsrückkehr in ein Land, aus dem sie unter Aufbietung aller Kräfte geflohen waren, zu dieser Verzweiflungstat.

Mit der Kampagne will UNITED ein Umdenken innerhalb der EU erreichen. Dabei spricht auch Mitarbeiter Jürgen Schäfer von Harmonisierung der Asylpolitik – allerdings nicht auf niedrigstem Niveau, wie es von der EU derzeit praktiziert wird. Hier werden nämlich vor allem seit der Bonner Asylrechtsänderung die Bestimmungen des restriktivsten Landes auf alle anderen übertragen.

„Wir fordern die Harmonisierung des Asylrechts auf der Grundlage der Forderungen des Basso-Tribunals“, sagt Schäfer. Das internationale Tribunal, das im vergangenen Jahr in Berlin die europäische Festungspolitik kritisch unter die Lupe nahm, verlangte u. a. verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen, vor allem eine refor-

Die Antwort der Bundesregierung

Antwort der Bundesregierung vom 26. April 1995 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der weiteren Abgeordneten der PDS:

1. Wie viele Ausländerinnen und Ausländer sind 1994 im Polizeigewahrsam und/oder während des Abschiebeprozesses ums Leben gekommen?

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesgrenzschutzes sind 1994 je ein Ausländer im Polizeigewahrsam und während einer Abschiebung gestorben.

Laut Mitteilung der Innenminister/-senatoren der Bundesländer sind in deren Zuständigkeitsbereich 1994 vier Ausländer im Polizeigewahrsam gestorben.

2. Was war jeweils die Todesursache, und wo war der Todesort dieser Ausländerinnen und Ausländer?

Ein peruanischer Staatsangehöriger, der zur Feststellung der Personalien und seines Aufenthaltsstatus zur Dienststelle des BGS in Basel, Badischer Bahnhof, mitgenommen werden sollte, sprang zwischen Freiburg und Basel aus dem fahrenden Zug (IC 501).

Ein nigerianischer Staatsangehöriger starb während der Abschiebung in einem Flugzeug auf dem Flughafen Frankfurt. Da der Vorfall noch Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens ist, sieht sich die Bundesregierung gehindert, hierzu näher Stellung zu nehmen.

Ein polnischer Staatsangehöriger verstarb im Polizeigewahrsam in Hessen. Aufgrund des Obduktionsbefundes muß davon ausgegangen werden, daß der Tod

infolge Ersticken an Erbrochenem eingetreten ist. Ein Zusammenhang mit Fragen der Rückführung ist nicht gegeben.

Ferner starben drei Ausländer durch Suizid im Polizeigewahrsam in Baden-Württemberg bzw. in einer Justizvollzugsanstalt in Sachsen-Anhalt und Bayern.

3. Wieviele Ausländerinnen und Ausländer sind im Jahr 1994 bei dem Versuch, in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen, ums Leben gekommen?

Am 27. September 1994 stürzte bei Bayerischzell ein bosnisches Ehepaar in unwegsamem Gelände zu Tode, nachdem die mit der Einschleusung beauftragten professionellen Schlepper es dort allein zurückgelassen hatten.

Ob gelegentlich entdeckte Todesfälle durch Ertrinken in der Neiße in Zusammenhang mit den Versuch stehen, illegal nach Deutschland zu gelangen, oder ob es sich um andere Unfälle oder Suizide handelt, ist nicht sicher feststellbar.

4. Wieviele Ausländerinnen und Ausländer sind bei Brandanschlägen auf Unterkünfte für Asylsuchende im Jahr 1994 ums Leben gekommen?

Keine.

5. Wieviele Ausländerinnen und Ausländer sind im Jahr 1994 bei Bränden in Asylunterkünften, die wegen technischer Defekte ausgedehnt sind oder bei denen die Brandursache immer noch unbekannt ist, ums Leben gekommen?

Kann nicht beantwortet werden, da Schadensfälle ohne strafrechtlichen Hintergrund polizeilich nicht lückenlos erfaßt werden.

mierte Weltwirtschaftsordnung. Außerdem sollen Flüchtlinge wieder legal und ohne bürokratische Hindernisse in die EU einreisen können. Und dort sollten sie Anspruch auf erträgliche Lebensverhältnisse haben.

Kippt im Herbst Drittstaatenklausel?

Die Forderung nach Aufhebung der sogenannten Drittstaatenregelung, die Massenabschiebungen ungeahnten

Ausmaßes möglich gemacht hat, ist übrigens nicht so utopisch, wie es im ersten Moment aussieht. Das Bundesverfassungsgericht befaßt sich noch in diesem Herbst mit dieser Frage. Nicht wenige Rechtsexperten vermuten, die höchsten deutschen Richter werden die Regelung wieder zu Fall bringen. Damit würde auch die europäische Asylpolitik erneut auf die Tagesordnung kommen.

Protestfaxe können am 16. Juni an Innenminister Kanther geschickt werden. Fax-Nr.: 0228-6814665.